

## PRESSEINFORMATION

# Industrie fordert realistische nationale Energie- und Klimaziele, um Versorgungssicherheit nicht zu gefährden

Das rund 1000 Kilometer entfernte Paris steht derzeit in der Industrie als Synonym für eine übers Ziel schießende Umweltpolitik. Was der Bund aus dem nach der französischen Hauptstadt benannten Klimaschutzabkommen als integrierte nationale Klima- und Energiestrategie ableiten will, stößt bei den Industriellen auf Kritik. „Zu viele Verbote, zu wenig Anreize“, fasst Hans Höllwart, Obmann-Stellvertreter der Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Steiermark, im Rahmen eines Kooperationstreffens der Industriesparten der Bundesländer Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Kärnten, Tirol und Vorarlberg, die Kritik zusammen.

Höllwart fordert, dass Klimaschutz- und wirtschaftspolitische Ziele „angemessen und ausbalanciert miteinander verknüpft werden“, dass Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftsstandort und Beschäftigung als übergeordneten volkswirtschaftliche Ziele stärker in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Auch prognostizierte Entwicklungen, etwa zur vorgesehenen Energieverbrauchsreduktion um 1,5 bis 2 Prozent pro Jahr oder zum erneuerbaren Erzeugungspotenzial in Österreich stellt Höllwart in Frage. „Diese überzogenen Ziele konterkarieren die positiven Ansätze der Bundesregierung, wie etwa die geplante Reform der Ökostromfinanzierung.“ Zudem würden viermal mehr Windenergie und 10-mal mehr Photovoltaik-Energie als derzeit nur den Strombezug verteuern und durch die ungleichmäßige und Verfügbarkeit das Netz destabilisieren. Höllwart warnt: „Wir würden damit ein System importieren, das in Deutschland bereits an seine wirtschaftlichen und technischen Grenzen stößt.“

Wie sensibel unser Stromnetz mittlerweile geworden ist zeichnete sich im heurigen Jahr bereits eindrucksvoll ab. Von Jänner bis März 2018 sind aufgrund einer Energieknappheit im europäischen Stromnetz wegen zu geringer Regelleistung im Bereich Kosovo und Serbien alle Uhren, welche für die Zeitmessung die Frequenz im Stromnetz nutzen, ein paar Minuten nachgegangen. Selbst das große europäische Stromnetz konnte die Frequenz über diesen Zeitraum nicht stabil genug halten. Ein weiteres Beispiel sind auch die regelmäßigen Stromengpässe in den Wintermonaten aufgrund der natürlichen Leistungseinbußen bei Photovoltaik. Im Jänner 2017 liefen beispielsweise sämtliche kalorische Kraftwerke mit Vollast um den Strombedarf abdecken zu können und das Stromnetz stabil zu halten.

Der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch soll laut Regierung bis 2030 auf 45 bis 50 Prozent angehoben werden. „Hier ist die Frage angebracht, ob der Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch mit vernünftigen Mitteln derart rasant angehoben werden kann“, stellt Höllwart fest. „Darüber hinaus ist vorgesehen, den Stromverbrauch 2030 vollständig aus erneuerbaren Energiequellen im Inland zu decken. Diese bilanzielle Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom ist ohne rigorose Verbrauchssenkung nicht erreichbar, würde die Kosten für den notwendigen Umbau der Energieinfrastruktur unnötig erhöhen sowie den Produktionsstandort und damit wertvolle Arbeitsplätze gefährden und wäre auch sozial unverträglich, ohne einen ökologischen Mehrwert zu schaffen. Zudem würde der vorrangige Ausbau von Sonne und Wind durch die ungleichmäßige und schwer prognostizierbare Verfügbarkeit das Netz zunehmend destabilisieren. Dieses Golden Plating führt außerdem zu volkswirtschaftlichen Mehrkosten und würde die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen hemmen“, ist Höllwart überzeugt.

„Wasserkraftwerke sind dabei langfristig betrachtet die wirtschaftlichste Form der erneuerbaren Stromerzeugung. Neue Wasserkraftwerke sind allerdings im derzeitigen Marktumfeld ohne Förderung wirtschaftlich nur schwer darstellbar. Überzogene Umweltziele gefährden einerseits bestehende Wasserkraftwerke und verhindern andererseits den Neubau. Daher ist auf eine maßvolle Umsetzung der Wasserrahmen-Richtlinien zu achten“, so Höllwart.

„Statt mit zukunftsweisenden Strategien das in Österreich vorhandene und international anerkannte Know-how im Bereich der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und der Umwelttechnologie als Investitions- und Wirtschaftsmotor zu nutzen und so hochqualifizierte neue Arbeitsplätze zu schaffen, wird mit überzogenen Zielvorgaben der heimische Wirtschaftsstandort gefährdet“, stellt Rübzig fest.

Die Industriesparten der Bundesländer Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Kärnten, Tirol und Vorarlberg haben im Rahmen ihrer Kooperation Lösungsansätze erarbeitet und setzen gemeinsame Initiativen und Maßnahmen für eine realistische und wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Klima- und Energiestrategie um.

Graz, 19. Juni 2018

Rückfragehinweis:

Mario Lugger,  
Referatsleiter Kommunikation  
0316/601-652